

Das Rind zur Sau gemacht

Die deutsche Agrarwende und ihre internationalen Bezüge

von Rudolf Buntzel-Cano

Das Deutsche an der Krise

Während in Großbritannien rund 180.000 Rinder an BSE erkrankten und bisher 82 Personen an der neuartigen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit starben, sind in Deutschland bislang rund 100 BSE-Fälle aufgetreten; gestorben ist noch niemand an CJK. Trotzdem haben die politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen in Deutschland ein Niveau erreicht, das denen in Großbritannien zumindest gleichkommt. Zwei Minister mussten ihren Hut nehmen, die Nachfrage nach Rindfleisch brach um 60% ein, Deutschland verkündete die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und brachte die Agrarwende massiv in die EU-Diskussion ein. Was ist der besondere deutsche Hintergrund?

In Deutschland bestehen bereits seit 1976 vergleichsweise hohe Standards für die Tiermehlverarbeitung, die jetzt EU-weit eingeführt wurden: Erhitzung des Materials auf 133 Grad Celsius, 20 Minuten lang unter 3 Bar Druck. Die Verwendung von Tiermehl im Mischfutter für Rinder war in Deutschland nicht üblich, aber zulässig. Bei den im Jahr 2000 in Nordrhein-Westfalen durchgeführten 5000 Schnelltests wurde keine BSE-Erkrankung gefunden. Das bildete die Grundlage für die noch im November 2000 von Minister Funke und Ministerin Fischer verbreitete Behauptung: „Deutschland ist BSE-frei“.

Um so tiefer stürzten sie, als am 24.11.2000 in Itzehoe bei der ersten deutschen Kuh ein BSE-Erreger amtlich festgestellt wurde. Andrea Fischers erste Reaktion war: „Das ist der GAU der industrialisierten Landwirtschaft“. Das Vertrauen der Verbraucher in die Politik, den Verbraucherschutz, die Landwirtschaft und den internationalen Agrarhandel brach völlig ein. Wenn schon die deutschen Standards nicht ausreichen und deutsches Rindfleisch nicht mehr sicher ist, kann das noch weniger für importiertes gelten.

Die Reaktion auf Seiten der Politiker war entsprechend deutschzentriert: Wir brauchen den Herkunftsnachweis, damit wir Importware von selbst erzeugten Nahrungsmitteln unterscheiden können.

Eine Aufklärungskampagne für die Verbraucheroffensive ist nötig. Wir brauchen die Agrarwende, notfalls im Alleingang. Wir müssen auf Ökolandbau umstellen. Man will im Sog der BSE-Krise regionale Qualitätsprodukte zur Alternative aufbauen. Das Kanzleramtspapier zur Agrarwende spricht von der großen Bewerbung der drei „D’s“: in Deutschland gemästet, in Deutschland geschlachtet, in Deutschland verarbeitet.

Die Neuentdeckung des Ökolandbaus

Mit neuen Siegelinitiativen und der Umschichtung von Agrarfonds soll der biologische Anbau gefördert werden. Das ist Konsens und dagegen ist nichts zu sagen. Schade nur, dass genau zu diesem Zeitpunkt, als Frau Künast das Steuerruder der Agrarwende übernahm, der Dachverband der Ökolandbauverbände aufgelöst wurde und ihr damit ein zentraler Bündnispartner wegbrach. Ein Grund dafür ist der puristische Streit über die Reinheit des Ökolandbausiegels. Gleichzeitig fahren die Nahrungsmittelkonzerne ihre eigenen Bioproduktionslinien im großen Stil, ob Füllhorn oder Naturkind. Wie sollte es anders sein: Die Importquote von Bioprodukten übersteigt inzwischen schon das Inlandsangebot. Die Globalisierung hat auch diese Nische schon lange erreicht. Von der Regionalität und deutschen Übersichtlichkeit sind wir schon weit weg. Die Agrarwende als Hinwendung zum Ökolandbau kann nur noch eine internationale sein. Doch das wird nicht mitbedacht. Mittel stehen dafür nicht zur Verfügung, denn jetzt müssen wir erst einmal unsere eigene Umstellung fördern.

Internationale Folgen der BSE-Krise

Die europäische BSE-Krise wurde durch die Reaktion der Politik und der Verbraucher auch zum Weltproblem. Wir haben die Weltrindfleischmärkte genauso zum Einsturz gebracht wie unsere eigenen. Denn Rindfleisch insgesamt ist in Verruf gekommen und das importierte ganz besonders. Die armen Hirtenvölker des Sahels, Namibias, der Savanne und der Mongolei ebenso wie die Rinder-Matadoren-Kulturen der Pampa oder des Janos (Kolumbien/Venezuela) waren von Preissenkungen auf den internationalen und nationalen Märkten

ten genauso betroffen wie wir selbst, obwohl ihre Tiere auf Grasland weiden und nie im Leben Kraftfutter auch nur gesehen haben. Doch auch sie werden jetzt in das Fahrwasser neuer internationaler Standardsetzung kommen: Der deutsche Verbraucher will schließlich sichergehen, dass die neuen Schlachthofauflagen auch im Ausland gelten, wenn schon ausländisches Fleisch auf die deutsche Fleischertheke kommt. Er will auch den Nachweis, dass kein Tiermehl verfüttert wurde, und – weil das kaum kontrollierbar ist – darüber hinaus, dass das Herstellungsverfahren von Tiermehl im Ausland unseren Sicherheitsbestimmungen entspricht, egal wie die Tiere gehalten und gefüttert werden.

Wer dafür zahlen soll? Wir jedenfalls nicht, denn wir brauchen unser ganzes Geld für die eigene Agrarwende. Erfolgreich hat Frau Künast sogar noch zusätzliches Geld von Herrn Eichel locker machen können. Von Kompensationszahlungen für die Folgen der Krise am Rindfleischmarkt zumindest an die armen betroffenen Ländern ist keine Rede. Auch nicht von größeren Programmen der Entwicklungshilfe, um den armen Ländern bei der Einführung der neuen Standards zu helfen. Im Gegenteil: Wir bestrafen sie noch mit einem neuen Protektionismus. Die neuen Verbraucher-, Hygiene- und Umweltstandards drohen die klitzekleinen Marktzugänge, die wir einigen Entwicklungsländern auf dem Rindfleischsektor bisher eröffnet hatten, schnell zu verstopfen. Wenn es die Standards nicht tun, dann das neue Verbraucherbewusstsein: Nur Produkte aus der Region oder aus Deutschland sind sicher, denn nur wir sind konsequent. Das ist die Botschaft der Agrarwende: „Jetzt haben wir aus unseren Fehlern gelernt.“ Sie wird jetzt massiv beworben. Der riesige Agrarwerbeetat der CMA – bekannt von „Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch“ – soll jetzt dafür erhalten. Armes Ausland! Wer bewirbt die Güte Deines Rindfleisches, die Anpasstheit Deiner Hirtenvölkerkulturen, die Ökologie der riesigen Weidegründe dieser Welt, die durch nichts anderes zu nutzen sind als über das Wunder des Rinderpanzens!

Agrarwende zur WTO bringen

Die Ökologisierung und Regionalisierung der Landwirtschaft und landwirtschaftlicher Umwelt- und Ressourcenschutz mit Hilfe von staatlichen Zuschüssen ist das Konzept der Agrarwende, das jetzt die verschiedenen Nadelöhre passieren muss: Länderagrarministerkonferenz, Bundestag, Bundesrat, EU-Kommission, EU-Rat und – nicht zuletzt – die WTO. Doch wie kann man in Zeiten der

fortschreitenden Liberalisierung ein solches Konzept durchbekommen? Für die Wendepolitiker ist die WTO nicht das nächstliegende Hindernis. Sie denken, sie haben ja den Ausweg, die Agrarsubventionen der EU umzuschichten: Von handelspolitisch umstrittenen Subventionen hin zu unumstrittenen, die in die so genannte „Grüne Box“ passen (zu den dabei bestehenden Problemen siehe den Beitrag von Martina Schaub und Tobias Reichert in diesem Band).

Doch schon seit der Umsetzung der Uruguay-Runde (1995 bis 2000) beklagen sich die Entwicklungsländer bitter über die Umschichtungen der Agrarsubventionen der Industrieländer. Die „handelsverzerrenden Subventionen“ wurden zwar wie vorgeschrieben reduziert, die erlaubten Subventionen der „green-box“ und der „blue-box“ haben im gleichen Zeitraum in der EU jedoch von 9 Mrd. Euro auf 43,6 Mrd. Euro zugenommen. Die Gesamtunterstützung der EU-Landwirtschaft hat dadurch in der Zeit von 1995 bis 1998 von 90 Mrd. ECU auf 116 Mrd. Euro zugenommen; eine ähnliche Tendenz liegt auch bei der US-Agrarpolitik vor. Die Entwicklungsländer bezeichnen dies als „Umsetzung der Verträge in einem schlechten Geist.“ Sie betrachten auch „nicht handelsverzerrende Subventionen“ in dieser Größenordnung nicht als „handelsneutral“, sondern als neue Instrumente für Protektionismus und Exportsubventionierung. Viele Entwicklungsländer fordern, dass eine absolute Obergrenze für die „Grüne (und die blaue) Box“ der Industriestaaten festgelegt werden muss. Es würde der EU sehr schwer fallen, diese sogenannte „Deckelung“ zu akzeptieren, weil dann z. B. die Agrarwende von Ministerin Künast kaum zu finanzieren wäre. Die weitere Förderung des ökologischen Umbaus der europäischen Landwirtschaft mit Hilfe des Staates wäre massiv eingeschränkt. Hier liegt ein schwerwiegender Interessenkonflikt zwischen Umwelt- bzw. Agrarwendepolitik einerseits und Entwicklungspolitik andererseits vor. Ein möglicher Ausweg wäre die Schaffung einer „Dritten Säule“ der europäischen Agrarpolitik.

Die Dritte Säule der Agrarpolitik

Eine „Dritte Säule“ gibt es in der nationalen Agrarpolitik bisher noch nicht. Obwohl die Agrarministerien weltweit auch für Welternährung, internationale Agrarpolitik und FAO zuständig sind, sind in den nationalen Agraretats der Industriestaaten keine ausreichenden Mittel für diese Zuständigkeitsbereiche eingestellt. Aus internationalen Verträgen und Erklärungen ergeben sich bereits heute

mehr oder weniger verbindliche Verpflichtungen. Würden diese konsequent umgesetzt, stünden ausreichende Finanzierungsmechanismen für diese „Dritte Säule“ mit den entsprechenden Aktionsprogrammen zur Verfügung. Zu nennen wären:

- der Treuhandfonds der FAO zur Bekämpfung der Unterernährung (zu beschließen auf dem „Welternährungsgipfel – Five Years Later“ im November 2001 in Italien zur Umsetzung der Verpflichtungen des Aktionsplans zur Reduzierung der Zahl der unterernährten Menschen bis 2015 um 50%);
- die Umsetzung der Agenda 21, Kapitel 14 zur Nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung;
- die von den netto-nahrungsmittelimportierenden Entwicklungsländern (NFIDC) und den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) bei der WTO eingeklagte „echte“ Umsetzung der völkerrechtlich verpflichtenden, aber inhaltsleeren so genannten „Marrakesch-Erklärung“ (Ausgleich für reformbedingte Weltmarktpreissteigerungen bei Nahrungsmitteln für diese Länder);
- die lange geforderte Erhöhung der Verpflichtungen zur Food Aid Convention (FAC);
- der Treuhandfonds zur Erhaltung der Agrobiodiversität (so genannte „pflanzengenetische Ressourcen“) im Rahmen des gerade verhandelten International Undertakings bei der FAO zur Umsetzung des Aktionsplans von Leipzig.

Alle diese sich z. T. überschneidenden Maßnahmen zusammen könnten eine gute Grundlage für eine „neue Welternährungsordnung“ bilden. Diese wird dringend gebraucht. Die weitere Liberalisierung der Landwirtschaft und Ernährung ist nur akzeptabel, wenn sie einhergeht mit einer Stärkung eines

Welternährungssicherheitsnetzes. Deswegen muss eine Verbindung zwischen dem Abbau unseres Agrarprotektionismus und der Welternährung hergestellt werden. Die Beschränkung der nationalen Agrarpolitik durch die WTO ist nur akzeptabel, wenn gleichzeitig eine wirklich globale Gestaltung durch eine echte internationale Agrarpolitik erfolgt. Strategisch-politisch ist bei der deutschen/europäischen Agrarwende die internationale Verantwortung unbedingt einzuklagen. Im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit kommt die Kombination von unseren Umweltanliegen mit den Welternährungsanliegen sehr gut an.

Die „Dritte Säule“ ist die finanzielle Bindung von staatlichen Investitionen in die Agrarwende bei uns mit einem Engagement für die Agrarwende in den Entwicklungsländern. Sie ist der Ausweg, um uns jetzt global nachhaltig zu verhalten, um den Entwicklungsländern nach der permanenten Schädigung durch unsere Agrarpolitik – mit der Krönung durch die BSE-Krise – ein positives Signal zu geben und um Agrar- und Umweltpolitik mit Entwicklungs- und Handelspolitik „kohärent“ auszugestalten. Die Rüstungskonversion ist angetreten mit dem Schlagwort: Macht Schwerter zu Pflugscharen. Bei dieser Konversion könnte es heißen: Macht Agrarprotektionismus zu Umweltschutz und Hungerbekämpfung.

Autor

Rudolf Buntzel-Cano, Beauftragter für Welternährungsfragen und Vertreter des Evangelischen Entwicklungsdienstes bei der Bundesregierung.

Kontakt:

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Charlottenstrasse 53 – 54, 10117 Berlin

Telefon 0 30/20 35 52 25, Telefax: 0 30/20 35 52 50

E-Mail: R.Buntzel@gkke.org